

**Antrag der Fraktion der FDP****Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!**

Mit 158 Fällen pro 100 000 Einwohner hat Bremen die höchste Quote an Privatinsolvenzen unter den Bundesländern. Der Bundesdurchschnitt lag 2019 lediglich bei 105 (Quelle: Crifbürgel-Studie "Schuldenbarometer 2019"). Bremen ist damit die Insolvenzhochburg Deutschlands. Abhilfe schafft allein Wissen: Das eigene Konsumverhalten bewerten und wirtschaftliche Zusammenhänge reflektieren zu können, hilft eine echte Verbraucherbildung zu etablieren und ökonomisch diffizile Lebenssituationen mit entsprechenden Kenntnissen zu bewältigen. Wichtig ist es dabei, Methoden zu kennen und zu reflektieren, mit denen ökonomische Bildung das Verständnis der Grundzusammenhänge und Funktionen der Sozialen Marktwirtschaft schafft. Die stetig schwankenden Zustimmungsraten zur wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bei gleichzeitig geringem Wirtschaftswissen unterstreichen die Bedeutung von ökonomischer Bildung für unser Gemeinwesen.

Auffällig ist, dass das Defizit an wirtschaftlichem Allgemeinwissen, von den Jugendlichen selbst empfunden wird. Aus einer aktuellen Jugendstudie der GfK Marktforschung geht hervor, dass eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland unzufrieden mit der schulischen Bildung zu wirtschaftlichen Themen ist: 71 Prozent der befragten Jugendlichen sagen, sie hätten in der Schule „nicht viel“ bis „so gut wie gar nichts“ über Wirtschaft gelernt; 84 Prozent der jungen Leute formulieren selbst den Wunsch, dass sie gern mehr über wirtschaftliche Zusammenhänge gelernt hätten. Die Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches fordern zwei Drittel.

Den Schülerinnen und Schülern selbst ist also bewusst, dass sie sich spätestens mit der ersten eigenen Wohnung einer Wirklichkeit stellen, für die sie nicht ausreichend vorbereitet sind. Deshalb muss Schule für Mietverträge, Versicherungen, Steuererklärungen, Allgemeine Geschäftsbedingungen oder Kredite ein Grundverständnis vermitteln. Wird dieses Wissen tatsächlich systematisch in Schule und nicht allein über das Elternhaus erworben, verbessert sich die Chancengerechtigkeit der jungen Erwachsenen.

Die beachtliche Selbsteinschätzung der Jugendlichen wird von der Bewertung ihres Wirtschafts- und Finanzwissens getragen: 82 Prozent der Befragten etwa wissen nicht, wie hoch zurzeit die Inflationsrate ist; 67 Prozent geben an, nicht zu wissen, was an der Börse passiert und 53 Prozent der jungen Erwachsenen können nicht erklären, was eine Rendite ist (Jugendstudie des Bankenverbandes von 2018).

Ein ganz ähnliches Bild zeichnet der 7. Deutsche Startup Monitor vom November 2019. Hier sind es die Gründerinnen und Gründer, die dem deutschen Bildungssystem in Hinblick auf die Förderung und Vermittlung von unternehmerischem Denken und Handeln eine klare Bewertung ausstellen: mangelhaft. Sie alle wünschen sich nachhaltige Veränderungen im Bildungssystem. Diese Einschätzung ist deshalb so alarmierend, weil es die Startups sind, die

die Digitalisierung in Deutschland vorantreiben und damit den technologischen Fortschritt gestalten. Hier werden die innovativen Schlüsseltechnologien entwickelt, um etwa den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Hier werden aber auch neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe etabliert. So lassen über 50 Prozent der Startups ihre Mitarbeitenden am Unternehmenserfolg partizipieren.

In Bremen sind wirtschaftliche Inhalte in den Lernbereichen „Gesellschaft und Politik“ sowie „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ vertreten. Die flexibilisierten Kontingenzstundentafeln geben dabei für die Schularten und Jahrgänge Mindeststunden vor. Was dann im Unterricht tatsächlich in den Bereich Wirtschaft fällt, ist sehr weit. Letztlich hängt es vom Zufall der Wohnort- und Schulwahl sowie den Vorlieben der Lehrenden ab, ob ein Mindestmaß an ökonomischer Bildung erreicht wird. Hier besteht dringender Professionalisierungsbedarf, um entsprechendes Wissen allen zu eröffnen. Dabei geht es nicht – ein beliebtes wie fatales Vorurteil – um Lobbyismus an Schulen, sondern letztlich um die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Chancengerechtigkeit, Mündigkeit und Urteilsvermögen brauchen eine umfassende ökonomische Bildung als Basis. Sie befähigt zur Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Sie schließt – ist sie entsprechend vielseitig – Reflexionen normativer Werte im Zusammenspiel von Wirtschaft und Ethik ein. Letztlich ist es das fehlende ökonomische Wissen, das den Start in ein selbstbestimmtes Leben erschwert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass ökonomische Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland in hinreichendem Umfang verpflichtend im Schulunterricht verankert wird;
2. dass Wirtschaftslehrkräften im Land Bremen ab dem Jahr 2021 ein Fortbildungsprogramm angeboten wird, das sowohl die fachwissenschaftlichen als auch die wirtschaftsdidaktischen Kenntnisse vereinheitlicht;
3. einen Modellversuch digitale Lehre zu gestalten, in dem zum Schuljahr 2021/2022 ein Curriculum für das Fach Wirtschaft für den Elementar-, Sekundar- sowie den berufsbildenden Bereich entwickelt und digital so aufbereitet wird, dass entsprechende Inhalte nicht nur in den Fachkontexten „Sachkunde“, „Gesellschaft und Politik“ sowie „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ einheitlich etabliert werden, sondern die Schülerinnen und Schüler diesen darüber hinaus auch weitestgehend selbstständig und vollumfänglich erarbeiten können. Hier kann unter der Ausnutzung der Lernplattform itslearning und in Zusammenarbeit mit der ohnehin bestehenden Kooperation zum kommerziellen Anbieter sofatutor.com ein beispielhaftes Lernformat etabliert werden, das zukunftsweisend ist und innovativ auf aktuelle Probleme der Bildungslandschaft (Fachkräftemangel, eingeschränkter Präsenzunterricht, Ausfallstunden) reagiert;
4. zu prüfen, welche weiteren Fachcurricula in gleicher Weise aufbereitet und umgesetzt werden können;
5. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung regelmäßig über den Fortschritt des Projekts zu berichten.

Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lenke Wischhusen  
und Fraktion der FDP